

**ERSTER NACHTRAG ZUR SATZUNG  
über das Friedhofs- und Bestattungswesen  
in der Gemeinde Wallerfangen**

Aufgrund der Bestimmungen des § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG)  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.1997 (Amtsbl. S. 682),  
zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.02.2009 (Amtsbl. S. 1215)  
in Verbindung mit § 8 des Gesetzes über das Friedhofs-, Bestattungs- und Leichenwesen  
(Bestattungsgesetz – BestattG) vom 05.11.2003 (Amtsbl. S. 2920),  
zuletzt geändert am 15.09.2010 (Amtsbl. I S. 1384)  
hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 15. Mai 2014 folgenden 1. Nachtrag zur  
Friedhofssatzung der Gemeinde Wallerfangen vom 01.01.2012, beschlossen:

§ 1 Änderungen

§ 6 Gewerbetreibende Abs. 1, 2, 3 und 6 werden wie folgt geändert:

(1) Dienstleistungserbringer bzw. Gewerbetreibende bedürfen für die gewerblichen Tätigkeiten auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.

(2) Zur Errichtung/Änderung von Grabmalen und Einfassungen können nur solche Gewerbetreibende tätig werden, die in fachlicher, betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig und geeignet sind. Fachlich geeignet ist eine Person, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage ist, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofs, die angemessene Gründungsart zu wählen und nach dem in der Satzung aufgeführten Regelwerk (§ 23) die erforderlichen Fundamentabmessungen und Befestigungsmittel zu berechnen. Sie muss in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Weiterhin muss sie die Standsicherheit kontrollieren und dokumentieren können.

Personen, die unvollständige Anzeigen bzw. nicht korrekt dimensionierte Abmessung von sicherheitsrelevanten Bauteilen bei der Anzeige benennen oder sich bei der Ausführung der Fundamentierung und der Befestigung der Grabmalteile nicht an die in der Anzeige genannten Daten halten, werden als unzuverlässig eingestuft.

(3) Die gewerblich Tätigen haften für alle Schäden, die sie oder ihre Gehilfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen. Für die Ausführung der Tätigkeit ist jeweils eine ausreichende Haftpflichtversicherung für das Gewerk auf dem Friedhof nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung kann hiervon Ausnahmen zulassen.

(6) Die Ausübung gewerbsmäßiger Tätigkeiten auf dem Friedhof kann durch die Friedhofsverwaltung dauerhaft versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist oder wenn trotz schriftlicher Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Abmahnung unentbehrlich.

§ 11 wird wie folgt ergänzt:

(4) Jede Grabstätte ist -unbeschadet der besonderen Anforderungen der §§ 20 und 27 für Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften- so zu gestalten und so in die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 18 wird wie folgt neu verfasst:

**§ 18 Errichtung und Instandhaltung der Grabmale**

(1) Grabmale sind, ihrer Größe entsprechend, nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.

(2) Die beauftragten Gewerbetreibenden oder Dienstleister haben nach den Vorschriften der jeweils geltenden Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalen (TA Grabmal) die Grabmale und baulichen Anlagen zu planen, zu errichten und zu prüfen. Dabei sind die Grabsteine so zu fundamentieren, dass es nur zu geringen Setzungen kommen kann und Setzungen gegebenenfalls durch einen wirtschaftlich vertretbaren Aufwand korrigiert werden können. Der Übergabe eines Grabmales und baulichen Anlagen an den Verfügungs- oder Nutzungsberechtigten hat eine Abnahmeprüfung vorauszugehen. Der Friedhofsträger kann überprüfen, ob die Arbeiten gemäß der genehmigten Vorlagen ausgeführt wurden.

(3) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. die Umlegung von Grabmalen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung des Friedhofsträgers nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Der Friedhofsträger ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweis auf der Grabstätte, der für die Dauer von einem Monat angebracht wird.

(4) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder Grabmalteilen verursacht wird.

§ 23 wird gestrichen.

**§ 2 Inkrafttreten**

Die Satzungsänderung tritt nach ihrer Bekanntmachung in Kraft

Wallerfangen, den 13. Juni 2014  
Der Bürgermeister  
Günter Zahn

Hinweis:

Gemäß § 12 Abs. 6 Satz 1 KSVG wird auf Folgendes hingewiesen:  
Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten 1 Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Wallerfangen, den 13. Juni 2014  
Der Bürgermeister  
Günter Zahn